

## **Positionspapier des Bündnisses Solidarisches Magdeburg: Linke Politik unter Corona-Bedingungen**

### **Für eine solidarische Gesellschaft**

Die Pandemie stellt uns vor viele neue Herausforderungen. Die Faktenlage ist durch neue Erkenntnisse in ständigem Wandel begriffen. Schutzmaßnahmen müssen deshalb ständig neuen Bedingungen angepasst werden. Dabei entstehen diverse mehr oder weniger nachvollziehbare Ängste, die wir ernst nehmen müssen. Dies sind zum Beispiel Ängste vor den Gefahren des Virus, den Auswirkungen von Corona-Schutzmaßnahmen auf den eigenen Alltag, die eigene Berufstätigkeit oder Unsicherheit gegenüber neuartigen Impfstoffen. Leider werden solche Ängste durch Falschinformationen gezielt geschürt. Sogenannte „Querdenker“ und Rechte nutzen die Verunsicherung, um für ihre eigenen menschenverachtenden Zwecke zu mobilisieren. Die Proteste gegen Schutzmaßnahmen transportieren libertäre und egoistische Positionen, die auch in liberalen und konservativen Kreisen teilweise Zuspruch finden.

Desinformation, Hass und Hetze muss entschieden entgegengetreten werden. Sie werden im rechten Spektrum für demokratiefeindliche Parolen und Aktivitäten genutzt. Stattdessen stehen wir für einen sachlichen, konstruktiven Diskurs ein, der differenziert auch strukturelle und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Wir begrüßen ein kritisches Hinterfragen von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen – aber immer auf der Basis demokratischer Grundwerte.

Als Anregung für den gesellschaftlichen Dialog formulieren wir deshalb aus der Sicht kritischer linker Politik die folgenden Forderungen:

### **Unsere Forderungen sind:**

- Keine Profite bei medizinischer Versorgung und Pflege
- Stärkung von Kinder- und Jugendverbänden
- Abschaffung von Hartz IV und höhere Bedarfssätze
- Aufnahme von Asylsuchenden und freie Mobilität in Europa
- Menschenwürdige Wohnverhältnisse und Unterbringungen
- Weltweit gerechter Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen
- Konsequentes Vorgehen gegen antidemokratische Tendenzen
- Stärkung von Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Organisation

Aus kritischer, linker Perspektive sollten politische Maßnahmen grundsätzlich, und besonders im Fall einer Pandemie, mit dem Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft in Einklang sein. Es sind verteilungspolitische Wirkungen und insbesondere die Freiheiten der weniger privilegierten Mitglieder der Gesellschaft unserer Gesellschaft zu berücksichtigen. Genau danach wollen wir politische Maßnahmen deshalb bewerten.

Wir stellen uns wie weite Teile der Gesellschaft von Beginn der Pandemie an folgende Fragen:

Was bewirken die Maßnahmen konkret im Hinblick auf die Eindämmung des Infektionsgeschehens?

Welchem Zweck nutzen sie?

Welche schädlichen Auswirkungen haben sie im Einzelnen?

Wir unterstützen Impfungen, proaktive Impfangebote, das Tragen von Masken und andere medizinisch begründete Maßnahmen, deren Wirksamkeit zum Eigenschutz und zum Schutz unserer Mitmenschen wissenschaftlich belegt ist.

Die Corona-Schutzmaßnahmen haben zum Teil sehr differenzierte Konsequenzen. Eine Ausgangssperre wirkt zum Beispiel je nach Wohnverhältnissen der Betroffenen unterschiedlich. Für reiche Menschen in der Vorstadtvilla mit großzügigem Garten ist ein Lockdown anders verkraftbar als für eine fünfköpfige Arbeiter\*innen-Familie in ihrer Drei-Raum-Wohnung. Die verschiedenen Einschränkungen haben sehr unterschiedliche Folgen für Kapitalerträge, Lohnarbeit und freiberufliche Tätigkeiten. Die Vermögen der Reichen und Superreichen sind in der Pandemie gestiegen, während besonders der ärmere Teil der Bevölkerung Einbußen erlebt hat und erlebt. Die Pandemie hat soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten massiv verstärkt, weil die Pandemiepolitik nie darauf ausgelegt war, soziale Verwerfungen zu vermeiden. Das halten wir für einen fatalen Fehler.

Die Pandemie hat schon lange bestehende Missstände stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Deren Beseitigung ist politischer Auftrag für die nächsten Jahre. Bei ausreichender öffentlicher Daseinsvorsorge, bei einer besser aufgestellten "kritischen Infrastruktur" hätten die Corona-Maßnahmen deutlich weniger einschränkend sein müssen. Das Auftreten derartiger Pandemien war vorausgesagt und voraussehbar, aber die Regierenden haben es versäumt, die öffentliche Infrastruktur entsprechend krisenfest zu machen. Es hatte bereits 2002-2004 Ausbrüche von Corona-Viren gegeben, aber danach keine angemessene Förderung einer Impfstoffentwicklung. Wir müssen bei der Daseinsvorsorge und der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben radikal umlenken. Die Privatisierung des Gesundheitswesens und seine Profitorientierung sind ein kolossaler Fehler. Alle Krisen der letzten Zeit hatten gemeinsam, dass Gewinne privatisiert wurden, während Verluste von der Allgemeinheit bezahlt wurden. Das muss sich ändern. Wir brauchen gesetzliche Regulierungen und eine Rückkehr zum Vorrang des Öffentlichen.

## **Abhängig Beschäftigte und Selbständige mit geringen Einkommen**

Die Pandemie hat sichtbar gemacht, was vorher schon hätte klar sein müssen: die Beschäftigten in Einzelhandel, Lieferdiensten, Verkehrsmitteln, Pflege, Kitas, Schulen, der öffentlichen Verwaltung usw. bilden eine wichtige gesellschaftliche Infrastruktur. Trotzdem müssen sie mit erheblichen Defiziten in den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung leben. In vielen Bereichen mit geringen Löhnen haben sich die Arbeitsbedingungen seit Beginn der Pandemie weiter verschlechtert. Beispiele sind der zeitweise Arbeitsausfall in der Gastronomie, Mehrarbeit durch Umsetzung von Corona-Auflagen, Krankheit der Kolleg\*innen, aggressive Kundschaft oder Patient\*innen. Ein angemessener Ausgleich erfolgte bisher weder finanziell noch durch Anpassung der Arbeitsbedingungen.

Neben angemessenen Tarifierhöhungen fordern wir einen armutsfesten Mindestlohn, der eine Rente deutlich über den Mindestbedarfssätzen bei Hartz IV ermöglicht. Freischaffende, Kulturschaffende und Kleinstunternehmen brauchen einen gerechten finanziellen Ausgleich für entgangenes Einkommen bedingt durch die Beschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten. Die Inanspruchnahme muss unbürokratisch möglich sein.

Beim Arbeitsschutz sind künftig Maßnahmen zum Infektionsschutz am Arbeitsplatz stärker zu beachten. Auch auf andere Viren und künftige Pandemien/Endemien bezogen sind solche Schutzmaßnahmen sehr sinnvoll. Insbesondere die Nutzung von Home-Office als Arbeitsoption bedarf einer besseren arbeitsrechtlichen Regelung.

## **Personalmangel als Dauerproblem**

In der Krise ist uns der anhaltende Personalmangel bei Pflegekräften, Lehrer\*innen und Erzieher\*innen besonders auf die Füße gefallen. Die Ursachen sind sowohl unattraktive Arbeitsbedingungen, geringe Wertschätzung und Bezahlung, als auch Defizite in den Berufsausbildungen. Deutschland finanziert zum Beispiel nicht genügend Studienplätze für den Bedarf an Mediziner\*innen und Lehrer\*innen. Auch die Ausbildungsgänge für Erzieher\*innen sind uneinheitlich geregelt und die wenigsten erhalten eine Ausbildungsvergütung. Die Ausbildungen müssen stattdessen in attraktiver Form und ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Die Ausbildungsdefizite sind in Sachsen-Anhalt nochmal besonders zu spüren, wo ein Teil der breiten Lehramtsausbildung an der Universität Magdeburg aufgrund staatlicher Kürzungspolitik eingestellt wurde. Das ist keine Frage knapper Haushalte, sondern politischer Prioritäten.

## **Keine Profite bei medizinischer Versorgung und Pflege**

Kliniken und Pflegeeinrichtungen dürfen nicht profitorientiert betrieben werden. Die Corona-Krise hat noch einmal deutlich gezeigt: Sie sind eine Form von gesellschaftlicher Infrastruktur, die in ihrem Umfang über dem täglichen Normalbedarf geplant und vorgehalten werden muss. Sie sind in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft zu betreiben. Ihre Finanzierung muss entsprechend angepasst werden. Die Einführung von

Fallpauschalen zur Abrechnung (DRG-System) war ein großer Fehler und muss abgeschafft werden.

Profitmargen bei Arzneimitteln, Impfstoffen und anderen medizinischen Produkten müssen gegenüber den Entwicklungs- und Herstellungskosten angemessen sein und bedürfen einer öffentlichen Regulierung. Auch das Patentrecht sollte für derartige Produkte eingeschränkt und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

## **Familien und Bildung**

Die Defizite bei der Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden durch fehlende Kitaplätze und schlechte Ausstattung von Schulen (Stichwort Digitalisierung) traten in der Krise verstärkt zu Tage. Durch den Fernunterricht zu Hause wurden vorhandene große soziale Ungleichheiten in der Schulbildung verstärkt. Wir fordern die Reform des Bildungssystems hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit, die radikale Ausfinanzierung des Bildungssystems und den Ausbau von Kinder-, Jugend-, und Kulturangeboten. Außerdem haben Kinder und Jugendliche, die allesamt und von Anfang an am Stärksten unter der Pandemie leiden mussten, einen Sonderurlaub für diese Zeit verdient, statt noch größerem Leistungsdruck durch nachzuholende Leistungen ausgesetzt zu sein.

Junge Erwachsene haben besondere Solidarität in der Corona-Pandemie gezeigt. Fehlende Praxismodule in der Ausbildung, kein Abi-Ball und keine Jugendweihe, Praktikum im Home-Office, "Auslandssemester" in der Heimatstadt - es wurde auf viel verzichtet, was sonst für Entwicklung und Entfaltung wichtig ist. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Nun sollte auch die ältere Generation Solidarität gegenüber den jungen Menschen zeigen. Beteiligung und Partizipation sollte ausgebaut werden. Wir sind für die Stärkung von Kinder- und Jugendverbänden sowie die Einbeziehung ihrer Perspektiven in die politische Diskussion.

## **Hartz IV**

Die Pandemie erhöht die Lebenshaltungskosten der meisten Menschen, insbesondere aber der Menschen mit sehr geringem oder keinem eigenen Einkommen. Bis zur Entwicklung einer armutsfesten und sanktionsfreien Alternative zu Hartz IV sind die Mindestbedarfs- und Regelsätze um mindestens 200 Euro anzuheben. Außerdem müssen alltägliche Pandemiekosten (z.B. der Kauf von Schutzmasken, Schnelltests, Desinfektionsmittel usw.) übernommen werden, da die hierdurch entstehenden Mehrbelastungen für einkommensschwache Haushalte zur existenziellen Frage werden, was wiederum die Möglichkeiten verschlechtert, sich und andere vor dem Virus zu schützen.

## **Mobilität und Willkommenskultur**

Wir stehen für eine offene, mobile Gesellschaft und sehen daher Maßnahmen, die die Mobilität von Menschen einschränken, auch wenn sie durch die Pandemie begründet

werden, sehr kritisch. Alle Einreisebeschränkungen waren bisher zu spät, um eine Ausbreitung von Virus-Varianten zu verhindern.

Wir wollen keine Abschottung und lehnen auch jegliche Abschiebungen von Menschen ab. Wir haben Platz, erst recht in Sachsen-Anhalt. Das Bundesland bietet vielfältige Chancen und kann einen Bevölkerungszuwachs gut gebrauchen. Unabhängig von den Gründen, die Menschen zu uns führen, müssen wir eine zuverlässige Willkommenskultur mit minimaler Bürokratie und besseren Unterstützungsangeboten für neu Ankommende Einzelpersonen und Familien etablieren. Das bedeutet auch, institutionellen und strukturellen Rassismus zu erkennen und entschieden zu bekämpfen.

### **Dezentrale menschenwürdige Unterbringung**

Die Pandemie hat wieder einmal deutlich aufgezeigt, dass die Unterbringung von Menschen in großer Zahl in engen Massenquartieren zu einer hohen Ansteckungsgefahr führt. Das betrifft Geflüchtete, Saisonarbeiter\*innen, Bauarbeiter\*innen aus anderen EU-Staaten und andere, z.B. Beschäftigte in Schlachthöfen. Es gilt auch für Familien, die in Städten beengt wohnen, zum Beispiel, weil sie sich gar keine größeren Wohnungen leisten können. Wir fordern die Schaffung von ausreichend geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für alle Betroffenen. Die Lagerunterbringung von Geflüchteten gehört nicht nur aus Pandemiegründen abgeschafft. Wohnungslosigkeit als Problem einer zutiefst ungerechten Gesellschaftsordnung muss spezifisch bekämpft und überwunden werden, denn an geeignetem Wohnraum mangelt es nicht, er steht eben nur oft ungenutzt in der Gegend herum.

### **Internationale Solidarität**

Für uns ist internationale Solidarität ein wichtiges Prinzip, für das wir immer einstehen. In der Pandemie fällt mangelnde internationale Solidarität direkt auf "uns" zurück. Wir haben immenses Interesse daran, dass Impfstoffe und Arzneien möglichst schnell allen Teilen der Weltbevölkerung zur Verfügung stehen, um das Entstehen von neuen Virusvarianten zu verlangsamen oder vielleicht sogar ganz zu unterbinden. Bei Impfstoffen und Arzneimitteln dürfen Patente keine Schranke für ihre Verteilung darstellen. Aufgrund der hohen Fallzahlen reichen geringe Profitmargen für ordentliche Gewinne in den reichen Ländern. Den besonders armen Bevölkerungen müssen sie kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wenn Impfstoffe oder Arzneimittel mit Hilfe öffentlicher Finanzierungen entwickelt wurden, müssen Gewinne öffentlichen Zwecken zugeführt werden. Globale Probleme erfordern globale Lösungen.

Wir fordern die Freigabe der Impfpatente und den Aufbau von Impfstoffproduktionen in möglichst vielen Ländern. Nur so kann die Pandemie auch im globalen Maßstab zur Endemie werden, sodass sie an keinem Ort der Welt mehr für Angst und Schrecken sorgt. Diese Form der internationalen Solidarität ist darüber hinaus auch der Schlüssel zur

Bekämpfung der Klimakatastrophe, ganz zu schweigen von sämtlichen künftigen Pandemien.

### **Gewerkschaften stärken**

Gewerkschaftliche Organisation und Aktivität ist nicht ohne Grund ein von der Verfassung geschütztes Mittel des gesellschaftlichen Ausgleichs. In der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig Interessenvertretung, Tarifverträge und soziale Absicherungen sind. Dabei gibt es noch viel zu viele Beschäftigungsverhältnisse ohne gewerkschaftliche Organisation. Insbesondere in den von den Pandemiebedingungen besonders geplagten Berufsfeldern (Pflege, Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Rettungsdienst u.v.m.) braucht es nicht nur mehr gesellschaftliche Anerkennung oder 10€-Sondermünzen, sondern echte Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und auf dem Lohnzettel. Wir stehen fest an der Seite der Beschäftigten und gewerkschaftlichen Vertretungen, die diese Verbesserungen erkämpfen wollen.

### **Anti-Demokratische Tendenzen**

Die Pandemie hat die alltägliche Ausübung von Rassismus und Antisemitismus in Wort und Tat sowie die Verbreitung von Verschwörungsideologien aller Art massiv befördert. Hierzu gehört auch das Kritisieren von Corona-Schutzmaßnahmen mit überzogenen oder völlig unzutreffenden historischen Vergleichen bis hin zum NS-Relativismus bei gleichzeitiger Ablehnung demokratischer Grundwerte. Begriffe wie "Freiheit" oder "Diktatur" wurden von Rechten vermehrt auf problematische Art umgedeutet. Der spürbaren Verrohung und Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft, die wir seit vielen Jahren, lange vor der Pandemie, beobachten und bekämpfen, muss noch viel stärker Einhalt geboten werden. Äußerungen von Hass, Hetze und Bedrohung müssen stärker mit strafrechtlichen Mitteln angeprangert und sanktioniert werden als dies bisher der Fall ist. Ängste und Unsicherheiten sind zum Teil sicherlich nachvollziehbar, rechtfertigen aber keinesfalls das gemeinsame Demonstrieren mit Neonazis oder einschüchternde Fackelmärsche vor den privaten Wohnhäusern von Kommunalpolitiker\*innen.

Die Radikalisierung der Pandemieleugner-Szene und die massive Ausbreitung verschiedenster Verschwörungsmythen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Demokratie insgesamt dar. Gleichzeitig kämpft die antifaschistische Zivilgesellschaft um Anerkennung, Gehör und auch entsprechende Mittel. Wenn es ein Rezept gegen die raumgreifende extreme Rechte gibt, dann ist es eine gut aufgestellte Zivilgesellschaft, in der die zahlreichen Akteur\*innen nicht jedes Jahr zusehen müssen, dass sie sich mit neuen Projektmitteln noch über Wasser halten. Demokratische, menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit muss nachhaltig sein, sonst entfaltet sie keine Wirkung. Hier ist der Staat gefordert, die vorhandenen Akteur\*innen, die zum Teil über Jahrzehnte hinweg Hervorragendes für die politische Kultur im Land leisten, noch besser zu unterstützen.